

## **Grüne Wirtschaftspolitik für den Mittelstand**

Wir Grünen sind davon überzeugt, dass wir vielen Unternehmerinnen und Unternehmer, Selbstständigen wie Führungskräften aus dem Herzen sprechen, und zwar all denen, die sich nach einer klaren, ethisch verantwortbaren Antwort auf die multiplen Krisen dieser Zeit sehnen – und nach einer politischen Kraft, die bereit ist, aus dieser Verantwortung zu handeln.

### **Aus Verantwortung handeln**

Es ist die besondere Aufgabe dieser politischen Kraft, den Schulterchluss mit Ihnen zu suchen, die Sie selbst Verantwortung übernehmen. Es ist die besondere Aufgabe dieser politischen Kraft, die flexible und innovative mittelständische Industrie, kleine und große Gewerbebetriebe, Dienstleister und Freiberufler zu unterstützen. Denn Sie sind das Rückgrat des Arbeitsmarktes wie des Steueraufkommens und Garanten unseres Wohlstandes – unter den richtigen politischen Rahmenbedingungen.

Deshalb engagiert sich jetzt endlich auch die EU für kleine und mittlere Unternehmen („Think small first“). Wir bayerischen Grünen haben schon lange erkannt, dass KMU wegen ihrer lokalen Bindung und großen Standorttreue für unser Land unverzichtbar sind. Gerade sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Region, reagieren innovativ und flexibel auf veränderte Märkte. Für uns sind regionale Mittelstands-Unternehmen „systemrelevant“.

### **„Grün aus der Krise“**

Unter diesem Titel haben Ban Ki-moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen, und Al Gore, ehemaliger Vizepräsident der USA und Friedensnobelpreisträger, am 19. Februar 2009 einen Gastbeitrag in der Financial Times Deutschland veröffentlicht. Sie fordern: „Um aus der weltweiten Rezession zu kommen, müssen die Regierungen koordinierte Konjunkturprogramme schaffen. Dabei gilt es jedoch sicherzustellen, dass die jetzt entstehende neue Wirtschaftsordnung ökologischer und gerechter wird. Die Ausgabenprogramme dürfen nicht dazu dienen, Fehlverhalten zu bewahren.“ Wie uns Grünen geht es ihnen darum, mit der Finanzkrise gleichzeitig auch die noch fundamentalere Krise unserer Art zu Wirtschaften zu lösen: „34 Staaten haben Konjunkturpakete im Umfang von 1750 Mrd. Euro angekündigt. Diese Pakete müssen helfen, die Weltwirtschaft ins 21. Jahrhundert zu katapultieren. Sie dürfen nicht dazu genutzt werden, sterbende Industriezweige zu bewahren und das Fehlverhalten der Vergangenheit beizubehalten. Wenn weiter Billionen Dollar in Infrastruktur fließen, die von fossilen Brennstoffen abhängt, wäre das so, als ob wir nach der Immobilienkrise erneut in wertlose Immobilien investieren.“

Ausgelöst wurde der globale Crash durch das Platzen der Immobilienblase in den USA. Mit ihr ist auch ein Wirtschaftsmodell kollabiert, das von der Ausweitung der öffentlichen und privaten Verschuldung getrieben wurde. Statt der Fixierung auf kurzfristige Profitmaximierung wird es künftig um nachhaltigen Wertzuwachs gehen.

### **Eine Krise, ein Weg: Nicht länger auf Kosten anderer leben**

Was die gegenwärtige Lage von allen früheren Weltwirtschaftskrisen unterscheidet, ist das Zusammentreffen der ökonomischen mit der ökologischen Krise. Die Parallelen, die zu dieser Doppelkrise von Umwelt und Wirtschaft geführt haben, sind frappierend. Beide beruhen auf massiven Anleihen auf die Zukunft und auf der Externalisierung von Folgekosten zu Lasten künftiger Generationen.

Es ist nicht nur unsere Art zu wirtschaften, sondern die Organisation unseres Zusammenlebens insgesamt in der Krise – Stichwort Globalisierung. Was die Gesellschaft in der „alten“ Bundesrepublik verband, war das Versprechen, dass Bildung und Aufstieg unabhängig von der Herkunft möglich sind. Es war der Konsens, dass in einer solidarischen Gesellschaft Stärke mehr schultern müssen. Das Selbstverständnis, dass der soziale Friede ein hohes Gut ist

und der Staat und die Gesellschaft einspringen, wenn Menschen abgehängt zu werden drohen. Dieser gesellschaftliche Konsens ist verloren gegangen. Deshalb plädieren wir Grünen für einen „Neuen Gesellschaftsvertrag“. Dieser basiert auf der Verabredung, nicht auf Kosten anderer zu leben. Er verbindet ökologische Fairness und eine Politik der Teilhabe und der sozialen Sicherheit, die allen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und ihnen neue Chancen der Entfaltung gibt. Der Neue Gesellschaftsvertrag will mehr Demokratie und bezieht dabei alle ein, die Verantwortung tragen: Staat, Unternehmen und Gewerkschaften, Verbände und die Bürgergesellschaft.

### **Verallgemeinerbar, d.h. gerecht und nachhaltig Wirtschaften**

Unser Wohlstand ist nicht zukunftsfest, weil er auf Kosten anderer erwirtschaftet wird, weil auch unsere sozialen Verhältnisse ins Rutschen kommen und unser Aufwand, mit dem wir den Wohlstand erwirtschaften, nicht verallgemeinerbar ist. Wenn alle so wirtschaften wollen wie wir, und es nur einem größeren Teil, wie jetzt in China und Südostasien, gelingt, führt das zum Kollaps. In Zeiten des Klimawandels und der knappen Rohstoffe bleiben wir erfolgreich nur, wenn wir mit weniger Aufwand mehr Lebensqualität schaffen. Wirtschaftlicher Erfolg und nachhaltige Entwicklung, Ökonomie und Ökologie, gehören heute zusammen.

„Überall“, schreiben Ban Ki-moon und Al Gore, „besonders in den USA und China, merken die Verantwortlichen, dass ökologisches Wirtschaften keine Möglichkeit, sondern eine Notwendigkeit ist, um die Wirtschaft zu stärken und Jobs zu schaffen. Weltweit sind 2,3 Millionen Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien beschäftigt. Schon jetzt sind das mehr Jobs als in der Öl- und Gasindustrie.“ Es geht längst nicht mehr darum, Ökologie und Ökonomie zu „versöhnen“, wie mittlerweile auch andere in Sonntagsreden einräumen, sozusagen im Ablasshandel. Sondern wir müssen unserer Wirtschaft, Produktion und Verbrauch, grundlegend umgestalten. „Wir benötigen wirtschaftliche Anreize und langfristige Investitionen, um zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen: eine Politik, die unsere dringenden ökonomischen und sozialen Bedürfnisse erfüllt, die aber auch eine neue grüne Weltwirtschaft schafft. Kurz gesagt: Ökologisches Wirtschaften muss zu unserem Mantra werden.“

Einzelne Mosaiksteine auszutauschen, das reicht heute nicht mehr. Das Gesamtbild muss sich ändern. Wenn es jemand gelingen kann, einen hohen Lebensstandard zu sichern, bei großer sozialer Gerechtigkeit und niedrigem Ressourcenverbrauch bzw. Umweltbelastung, dann sind das wir in Deutschland. Wir müssen die Spitzenreiter und das Vorbild einer effizienten Hochleistungsproduktion werden: niedriger Verbrauch, höchste Leistungen. Unser Hightech-Standort muss das Zentrum klimafreundlicher Spitzentechnologien werden. Darin können wir wirklich Weltspitze sein, dafür haben wir beste Voraussetzungen.

### **Zukunftsfähig durch ökologische Modernisierung**

Nur wenn wir es schaffen, tiefgreifende strukturelle Veränderungen in unserer Wirtschaft umzusetzen, werden wir in der Lage sein, die derzeitigen Krisen zu meistern. Dazu müssen wir die hochentwickelten Technologien, die wirtschaftlichen Ressourcen und auch die industriellen Potenziale nutzen. Es geht darum, anders und anderes zu produzieren statt veraltete Strukturen und Konzepte zu konservieren. Die Preise müssen die ökologischen Kosten wiedergeben, damit der Markt die richtigen Signale an Investoren und Konsumenten geben kann. So bietet und sichert eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie mit einer ressourcenverträglichen Produktion nachhaltig Arbeitsplätze.

Wir Grüne werden Industriepolitik nicht den Strukturkonservativen überlassen, sondern gestalten diese aktiv selbst. Grüne Industriepolitik setzt Anreize für die Modernisierung, erneuert die gesamte Industrieproduktion unter Energie- und Materialeffizienzgesichtspunkten und treibt zukunftsweisende Technologien voran. Dieser Wechsel kommt nicht von selbst. Diesen Prozess des Umsteuerns einzuleiten und zu fördern ist Aufgabe einer neuen, modernen Industriepolitik. Grüne Industriepolitik ist also ein wichtiger Bestandteil einer strategischen Wirt-

schaftspolitik, die den Umbau gerade in der gegenwärtigen Wirtschafts-, Ressourcen- und Klimakrise forciert und vor den klassischen Industriebranchen nicht halt macht. Dadurch erschließen wir neue Märkte. Dazu gehört auch eine intelligente und unbürokratische steuerliche Forschungsförderung für kleinere Unternehmen, bei denen viel technologisches Know-How und Erfindergeist vorhanden ist.

### **Anders Wirtschaften – Ein Grüner New Deal für Arbeit und Innovation**

Der menschengemachte Klimawandel zeugt davon, wie unvernünftig wir wirtschaften. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns endgültig vor Augen geführt, dass die Art und Weise, wie unsere Wirtschaft verfasst ist, zu katastrophalen Ergebnissen führt. Die Krise erfasst immer mehr Bereiche. Immer mehr Menschen spüren ihre Folgen ganz unmittelbar: Viele haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren oder Angst, ihn zu verlieren. Andere haben einen Teil ihrer Alterssicherung eingebüßt, die meisten nicht etwa deshalb, weil sie überzogene Renditen realisieren wollten, sondern weil sie schlecht beraten wurden oder sich im Finanzdschungel nicht zurechtfinden. Die globale Krise treibt Unternehmen in die Pleite und erfordert staatliche Eingriffe, die bislang unvorstellbar schienen. Wo gerade noch 24-Stunden-Schichten gefahren wurden, herrscht nun Kurzarbeit. Banken werden nun mit Milliarden an Steuergeldern vor dem Zusammenbruch bewahrt, während selbst im Konjunkturhoch der letzten Jahre in der großen Koalition um jeden Euro mehr für Langzeitarbeitslose oder für Bildungseinrichtungen gefeilscht wurde.

In dieser schwierigen Situation geht es darum, die Krise entschieden zu bekämpfen und ihre Folgen für die Menschen abzumildern. Es geht darum, Arbeitsplätze zu sichern und schnell wieder auf einen Pfad zu gelangen, auf dem die Wirtschaft neu Fuß fasst und die Menschen neues Vertrauen gewinnen. Was schon vor der Krise galt, muss jetzt in der Krise erst recht gelten: Unsere Wirtschaft braucht ein neues Fundament. Dabei dürfen wir uns keine Denkverbote auferlegen. Wenn wir das nicht vergessen, dann liegt in dieser Krise auch eine Chance. Die Chance, den dringend notwendigen ökologischen und sozialen Wandel zu beschleunigen.

### **Wann, wenn nicht jetzt?**

Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag bedeutet für uns, dass Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wir wollen eine soziale und ökologische Wirtschaftsordnung. Denn das ist inzwischen auch klar: nur wer ökologisch produziert, produziert auch ökonomisch vernünftig.

Gegen die Krise setzen wir einen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik – den Grünen New Deal. Die Staaten operieren mit Milliardenbeträgen – Summen, die jedwede Vorstellung übersteigen. Es ist falsch, mit soviel Geld lediglich die Risse im alten Fundament unserer Wirtschaft notdürftig kitten zu wollen. Wir müssen entschlossen ein neues Fundament bauen. Nur dann hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln nicht bloß einen gigantischen Schuldenberg, sondern auch etwas, auf das sie aufbauen können. Wir müssen investieren in die Infrastrukturen der Zukunft, in eine ökologische Wirtschaft, in mehr Bildung, in einen erneuerten sozialen Ausgleich.

Von Ban Ki-Moon bis Barack Obama fordern immer mehr einen “Green New Deal”. Wie nach der schweren Weltwirtschaftskrise des letzten Jahrhunderts braucht es auch heute massive Investitionen gegen den wirtschaftlichen Abschwung, geht es darum, den Finanzmärkten neue Spielregeln aufzuzwingen und einen neuen Ausgleich zu gestalten, der die soziale Spaltung hier und weltweit überwindet. Der Grüne New Deal zielt auf den zukunftsorientierten Umbau der alten Industriegesellschaft. Ziel von staatlichen Eingriffen muss es sein, den massenhaften Absturz in Arbeitslosigkeit zu verhindern, arbeitslose oder kurzarbeitende Menschen zu qualifizieren und die Entwicklung zukunftsfähiger Produkte, Technologien und Dienstleistungen voranzutreiben. Ziel von staatlichen Eingriffen kann es nicht sein, nicht le-

bensfähige wirtschaftliche Strukturen zu stützen. Branchen mit falschen Produktpaletten, Überkapazitäten und nicht nachhaltigen Geschäftsmodellen dürfen nicht die finanziellen Ressourcen für die strukturell gesunden Wirtschaftsbereiche verschlingen und nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger erhalten werden.

Mit unserem Grünen New Deal wollen wir in Klima, Gerechtigkeit und Bildung investieren. Damit schaffen wir eine Million Jobs. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, neue Schienen und Energienetze, ein besserer ÖPNV, die Steigerung der Energieeffizienz und vieles mehr – all das bringt neue Arbeit.

### **Unser Leitbild: Grüne Marktwirtschaft**

Leitbild für den grünen New Deal ist eine Grüne Marktwirtschaft mit starken sozialen und ökologischen Leitplanken. Wir brauchen nicht neoliberale Deregulierung, sondern klare Regeln, um das Funktionieren der Märkte sicherzustellen – Regeln, die ökologisches und soziales Handeln der Marktteilnehmer belohnen. Grün heißt: ökologisch verträglich, wirtschaftlich vernünftig, sozial und geschlechtergerecht. Wirtschaftskrise, Klimakrise, Nahrungsmittelkrise, steigende Rohstoffpreise, Energiekrise und eine wachsende soziale Spaltung haben ihre gemeinsamen Ursachen in einer Entfesselung der Märkte, an denen auf der Jagd nach kurzfristiger Rendite die Zukunft verzockt wird und soziale Verantwortung gering zählt. Deshalb muss Nachhaltigkeit zum Kompass der Wirtschaftspolitik werden. Das bedeutet auch, dass die Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen müssen. Schluss damit, dass derjenige, der die Umwelt belastet, belohnt wird.

Grüne Marktwirtschaft nimmt die Wirtschaft als Ganzes in den Blick. Wirtschaftliche Freiheit entsteht erst, wenn der Missbrauch der Marktmacht ausgeschlossen ist und Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt wählen können. Wir wollen die Märkte zum Mittel machen, ökologische und soziale Ziele zu erreichen. Wir kämpfen gegen die marktbeherrschende Stellung eines oder einiger weniger Unternehmen, für einen fairen Marktzugang für alle Marktteilnehmer, gegen überflüssige Bürokratie oder unsinnige Dauersubventionen, denn sie verhindern Wettbewerb und Innovation.

### **Neue Rahmenbedingungen**

Für uns sind intakte öffentliche Infrastrukturen und ein funktionierender Sozialstaat nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch Voraussetzung und Bestandteil erfolgreichen Wirtschaftens. So sind etwa Dienstleistungen für Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, inzwischen selbst zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden, der Nachfrage schafft. Der soziale Sektor ist in den vergangenen Jahren enorm expandiert, viele Geschäftsideen und Arbeitsplätze sind im Bereich sozialer Dienstleistungen, etwa der Pflege, entstanden. Viele dieser Arbeitsplätze sind aber im Niedriglohnbereich und in prekären Beschäftigungsverhältnissen angesiedelt. Diese verantwortungsvolle Arbeit mit Menschen muss besser bezahlt werden und in sozialversicherungspflichtigem Rahmen ausgeübt werden.

Statt mit Schulden finanzierten Klientelgeschenken kriselnde Branchen und alte Strukturen zu pöppeln, geht Grüne Wirtschaftspolitik gezielt auf die Bedürfnisse der mittelständischen Unternehmen, der Gewerbetreibenden, der Freiberufler, aber auch derjenigen ein, die bereit sind neue Unternehmen zu gründen. Grüne Wirtschaftspolitik zielt auf Vielfalt statt Monokulturen, auf Regionalität statt auf Monopole, auf Subsidiarität und Kooperation statt auf Anfälligkeit von internationalen Krisen durch Abhängigkeit (auch der Politik) aus falsch verstandener Optimierung (Outsourcing in Billiglohnländer, Abhängigkeit von Energieimporten etc.).

### **Die Märkte der Zukunft sind Grün**

Aus der Krise werden jene Unternehmen gefestigt und gestärkt hervorgehen, die sich rasch auf die neuen globalen Spielregeln einstellen. Die Märkte der Zukunft sind grün. Das verlangt, Ökonomie und Ökologie fortan fest zu verbinden. Der Umbau der Gesellschaft zu ei-

nem neuen klimaverträglichen Leben und Wirtschaften ist die Schlüsselaufgabe der Politik in den nächsten Jahren – und zugleich eine enorme Chance. Die Vorteile kommen in immer mehr Branchen zum Tragen, vom naturnahen Tourismus bis hin zu einer ressourcen- und umweltschonenden Informationstechnologie. Umweltschutz bietet damit auch zahlreiche zukunftstaugliche Ausbildungschancen. Umweltschutz ist ein globaler Wachstumsmarkt. Die heutigen Investitionen in Produkte, Verfahren und Arbeitsplätze in Deutschland sind Voraussetzung für unsere Exporterfolge von morgen. Denn viele Rohstoffe werden knapp und teurer. Die Weltbevölkerung wächst und damit auch die Nachfrage. Ein effizienterer Umgang mit Energie und Ressourcen sowie umweltschonende Produkte werden ökologisch und ökonomisch zur *Conditio sine qua non*. Grüne Marktwirtschaft heißt: mehr Lebensqualität für alle. Klimaschutz schafft Arbeitsplätze. Klimaschutz und EEG sind ein gigantisches Mittelstandsförderungsprogramm. Handwerk hat heute grünen Boden.

### **Die Zukunft ist erneuerbar: Grüne Wirtschaftspolitik schafft neue Arbeitsplätze**

Spätestens seit dem Bericht von Nicholas Stern, der die Kosten für unterlassenen Klimaschutz errechnet hat, wissen wir: Klima- und Umweltschutz zahlen sich auch unter ökonomischen Gesichtspunkten aus. Die Folgen des ungebremsten Klimawandels könnte uns nach seriösen Berechnungen bis zu 20 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes kosten und ganze Landstriche unbewohnbar machen. Klimaschutz kostet zwar auch Geld, aber nur ein Bruchteil davon. Es ist an der Zeit, die Chance in der Krise zu nutzen und unser Wirtschaften auf das Ende des fossilen Zeitalters umzustellen. Eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik mindert nicht nur die Kosten in der Zukunft. Sie rechnet sich auch heute schon: 1,8 Millionen Beschäftigte zählt die Umweltwirtschaft inzwischen. Etwa 280.000 Menschen arbeiten allein im Bereich der erneuerbaren Energien, mehr als in der Kohlewirtschaft. In Ostdeutschland ist die Solarindustrie längst von der Nischen- zur Leitbranche geworden. Nirgendwo in Europa werden mehr Photovoltaikbauteile produziert. Die Energiewende ist zum Jobmotor geworden. Aktuelle Studien belegen, dass die Umwelttechnologie zur neuen Leitindustrie wird, mit erheblichem weiteren Beschäftigungspotential. Allein im Klimaschutz werden für die kommenden Jahre über eine halbe Millionen neuer Jobs prognostiziert.

Unser Ziel ist, Schritt für Schritt vollständig auf Erneuerbare Energien wie Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Geothermie umzustellen und die Energieeffizienz deutlich zu steigern. Das lohnt sich dreifach: Es schützt das Klima, schafft Jobs, stärkt die regionale Wirtschaft und nützt Handwerk und Mittelstand.

### **Erneuerbare Energien und Energieeffizienz**

Deutschland ist dank des EEG im Bereich der erneuerbaren Energien gut aufgestellt und in vielen Bereichen Weltmarktführer. In Deutschland sind etwa 280.000 Menschen in dieser Branche beschäftigt. Seit 2002 hat sich die Zahl der Beschäftigten dank des massiven Ausbaus erneuerbarer Energien mehr als verdoppelt. Diese Dynamik wird sich jedoch nur fortsetzen, wenn Deutschland bei der Energiewende kontinuierlich voranschreitet. Damit deutsche Produkte weltweit weiter nachgefragt bleiben und wir unseren Platz an der technologischen Spitze behaupten, müssen wir hierzulande die Tauglichkeit erneuerbarer Energien bei der gesamten Energieversorgung nachweisen. Eine Politik, die zugleich auf Atom- und neue Kohlekraftwerke setzt, unterminiert und konterkariert die Strategie des konsequenten Aufbaus einer erneuerbaren Energieversorgung. Solche Großkraftwerke zementieren für Jahre falsche Strukturen und behindern aufgrund ihrer Inflexibilität den Ausbau der Erneuerbaren. Doch gerade hier gilt es jetzt massiv zu investieren. Dabei entstehen neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze, besonders im Mittelstand und innovativen jungen Unternehmen. Der Ausbau von Nahwärmenetzen bei Kraft-Wärme-Kopplung stärkt das regionale Handwerk und Gewerbe. Wir Grünen wollen bis zum Jahr 2020 den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversor-

gung auf mindestens 40 Prozent und an der Wärme auf 30 Prozent ausweiten. Unser Energieszenario rechnet damit, dass dadurch bis 2020 ca. 400.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

### **Gebäudesanierung**

Noch immer kommen fast 80 Prozent aller Wohnhäuser in Deutschland für eine Gebäudesanierung infrage. Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir die Gebäudesanierung jedoch beschleunigen. Wir Grünen wollen u. a. mit einer neuen Energieeinsparverordnung und einem geänderten Mietrecht in kurzer Frist die jährliche Sanierungsquote von derzeit 0,6 Prozent auf 2 Prozent steigern. Das wäre ein Investitionsschub von deutlich mehr als 10 Milliarden Euro, der die Beschäftigungssituation vor allem im lokalen Handwerk massiv verbessern würde. Damit werden wir ein zusätzliches Beschäftigungsvolumen von ca. 200.000 Arbeitsplätzen im Zeitraum bis 2020 erreichen. Im Rahmen eines grünen Investitionsprogramms streben wir außerdem an, alle öffentlichen Gebäude in Deutschland zügig zu modernisieren. Mit diesen Maßnahmen können wir in den kommenden vier Jahren 150.000 Arbeitsplätze schaffen. Gerade im Bereich der Klimainvestitionen gilt, dass zusätzliche Investitionen zu Kosteneinsparungen führen, die in ihrer Höhe die Investitionskosten deutlich übersteigen. Deswegen sind hier öffentliche Investitionen auch auf Schuldenbasis legitim, weil sie für die kommenden Generationen eine signifikante Zukunftsrendite vorsehen.

### **Landwirtschaft**

Wir Grünen haben zu Beginn des Jahrhunderts die Agrarwende eingeleitet. Seitdem gilt: Bio boomt. Im Jahr 2008 ist der deutsche Bio-Markt erneut um 10 Prozent gewachsen. Biolandbau bringt nicht nur wertvolle Produkte hervor, sondern ist auch beschäftigungsintensiv. Seit Jahrzehnten gingen in der konventionellen deutschen Landwirtschaft viele Arbeitsplätze verloren – immer weniger Bauern wirtschafteten auf immer größeren Flächen. Im Biolandbau gibt es - bezogen auf die bewirtschaftete Fläche – 34 Prozent mehr Arbeitsplätze. Und während in der konventionellen Landwirtschaft insbesondere im Frühjahr und Herbst Arbeitsspitzen anfallen, verteilt sich die Arbeit für Biobauern gleichmäßiger über das ganze Jahr. Derzeit arbeiten rund 160.000 Menschen in der Biobranche: mehr als 50.000 in landwirtschaftlichen Betrieben, 50.000 in der Herstellung sowie rund 60.000 im Naturkosthandel oder in Reformhäusern. Insgesamt hat sich die Zahl der Arbeitsplätze in der Biobranche in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. Wir wollen den Anteil des Biolandbaus an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche, der 2008 nur 5,1 Prozent betrug, massiv ausweiten. Wir werden damit die Angebotsengpässe bei ökologisch produzierten Lebensmitteln aus Deutschland beheben und weitere Arbeitsplätze im Land schaffen.

### **Verkehr**

Die Zukunftsmärkte wird bestimmen, wer weltweiten Güterhandel und Personenverkehr mit reduzierten Energie- und Umweltkosten anbieten kann. Besonders die klima- und umweltfreundliche Mobilität in Ballungsräumen wird zur Schlüsselfrage der kommenden Jahre. Die Stichworte lauten: effiziente Antriebstechniken, umweltfreundlicher Fahrzeugbau, umweltfreundliches Verkehrsmanagement, intelligente Mobilität. Eine Studie von Roland Berger aus dem Jahr 2007 geht davon aus, dass sich das Marktvolumen in diesem Bereich bis 2020 verdoppeln wird. Wir wollen, dass Deutschland ein Gewinner dieser Entwicklung hin zu nachhaltiger Mobilität wird. Dies wird nur gelingen, wenn wir hier die grünen Autos und das Mobilitätssystem der Zukunft entwickeln. Ausbau und Erneuerung einer umweltgerechten Verkehrsinfrastruktur, Entwicklung innovativer Technologien etwa im Bereich der Elektromobilität und die Ausweitung des ÖPNV kann den bevorstehenden, überfälligen Strukturwandel in der deutschen Automobilindustrie mehr als ausgleichen.

### **Effektiver Umgang mit Ressourcen**

Mit grüner Politik bleibt Deutschland Vorreiter einer modernen Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Es muss uns gelingen, Ressourcen wesentlich effizienter und umweltschonender zu nutzen, um Material- und externe Kosten zu reduzieren. Abfälle zu vermeiden, intelligent wiederzuverwerten oder umweltgerecht zu entsorgen ist eine weltweite Herausforderung. Nach einer Studie von Roland Berger wird sich das Weltmarktvolumen bis 2020 annähernd verzehnfachen. Die gute Position deutscher Unternehmen ist auf den Druck der ökologischen Bewegung seit den 1980er Jahren zurückzuführen. Wir Grünen wollen, dass Deutschland in den kommenden Jahren den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft vorantreibt mit dem klaren Ziel, Kreisläufe zu schließen und die Umstellung auf erneuerbare Rohstoffe zu vollziehen. Ressourcen nachhaltig zu nutzen ist auch die zentrale Herausforderung einer modernen Wasserwirtschaft. Auch hier wird der Weltmarkt für die Förderung und Aufbereitung von Rohwasser sowie die Entsorgung von Abwasser stark expandieren.

### **Bildung schafft Arbeit**

Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft. In Bildung zu investieren, heißt in unsere Zukunftsfähigkeit und die jedes Einzelnen zu investieren. Bildung ist die Voraussetzung für individuellen Aufstieg und gerechte Startchancen, aber auch zentrale Grundlage einer gerechteren, lebendigen Gesellschaft und eines leistungsfähigen Wirtschaftssystems. Das deutsche Bildungssystem von der frühkindlichen Erziehung bis hin zur Weiterbildung hängt den Erfordernissen und im internationalen Vergleich hinterher. Die Potenziale vieler Kinder, Jugendlicher und auch Erwachsener werden nicht ausgeschöpft. Das ist fatal für eine Gesellschaft, die immer stärker auf Bildung, Wissen und Kreativität angewiesen ist. Über die ganze Bildungskette hinweg müssen wir unser Bildungssystem rasch modernisieren und massiv in Quantität und Qualität investieren. Wir Grünen haben einen konkreten Vorschlag zur Finanzierung von Bildungsinvestitionen. Wir wollen den Solidaritätszuschlag für den Aufbau Ost schrittweise in einen Bildungssoli umwandeln. 23 Milliarden Euro der ab 2010 auflaufenden Überschüsse aus dem Ost-Soli sollen nach unseren Vorstellungen in die Bildung fließen.

### **Gesundheit**

Der Gesundheitssektor wird in der Öffentlichkeit überwiegend als Problemfall und Kostentreiber diskutiert. Was in Expertenkreisen längst Konsens ist, ist in der Politik noch immer nicht angekommen: die enormen Wachstums- und Beschäftigungspotenziale im Gesundheitssektor. Wir Grünen diskutieren Gesundheit nicht als Problemthema, sondern als wirtschaftliches und soziales Innovationsthema. Für uns ist die Gesundheitswirtschaft eine zentrale wirtschaftliche Zukunftsbranche und ihre nachhaltige Neuausrichtung eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Wir begreifen Investitionen in Gesundheit nicht als Negativposten – im Gegenteil: wenn wir wollen, dass die Branche wächst, brauchen wir mehr Ausgaben im Gesundheitsbereich. Dabei legen wir einen breiten Begriff der Branche zugrunde: Neben dem klassischen Bereich der Ärzte, Krankenhäuser und Altenheime geht es auch um Jobs in Bereichen wie Medizintechnik oder Prävention, gesunder Ernährung und Wellness. Eine steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen ist aus mehreren Gründen absehbar. Dazu gehören demografische Entwicklung, steigende Lebenserwartung und der voranschreitende medizinische Fortschritt. In der Gesellschaft gibt es ein zunehmendes Bewusstsein, dass Gesundheit ein Wert an sich darstellt. Viele Menschen geben - zusätzlich zu ihrer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung - einen wachsenden Teil ihres Einkommens für Gesundheit, Fitness oder Wellness aus. Auch volkswirtschaftlich sind Investitionen in Gesundheit sinnvoll. Ähnlich wie Bildungsinvestitionen sind es Investitionen in die Menschen selbst und darum Voraussetzung für Innovation und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Die Grünen wollen Prävention in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik rücken. Die Ausgaben für Prävention sind derzeit

verschwindend gering – dies wird der gesellschaftlichen Bedeutung von Prävention nicht gerecht.

### **Pflege**

Ein zentrales Wachstumsfeld im Gesundheitswesen ist die Pflege. Der demografischen Wandel lässt den Bedarf an Dienstleistungen im Pflegebereich deutlich steigen. Mit der alternden Gesellschaft steigt die Zahl der Hilfs- und Pflegebedürftigen. Neue Beschäftigungsfelder rund um die klassischen Pflegeberufe entstehen – von der Hilfe beim Einkauf oder im Garten bis zu Ergotherapie. Im Pflegesektor liegen enorme Potenziale für mehr Beschäftigung. Heute arbeiten rund 760.000 Menschen in diesem Bereich (viele davon Teilzeit, im Umfang von rund 549.000 Vollzeitstellen). Alle Studien gehen allein aufgrund der demografischen Entwicklung von einem großen Jobzuwachs aus. Aber der Boom bei den Pflegejobs kommt nicht von allein. Die gegenwärtig mangelnde Attraktivität von Pflegeberufen – sie gelten als schlecht bezahlt und unattraktiv bei Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten - führt zu Nachwuchsproblemen, es droht sogar Fachkräftemangel. Vor allem in der privaten Pflege ist Schwarzarbeit weit verbreitet.

### **Schwarzarbeit abbauen**

Beschäftigungsaufbau findet nicht nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze statt, sondern ebenso durch den Abbau von Schwarzarbeit. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) hat festgestellt, dass fast jeder dritte Deutsche im Jahr 2007 für je 1.000 Euro Arbeiten ohne Rechnung in Auftrag gegeben hat. Würden nur 30% der sogenannten familienbezogenen Dienstleistungen wie z.B. Pflege und Kinderbetreuung aus der Schwarzarbeit herausgeholt, so könnten 177.000 bis 355.000 legale Arbeitsplätze mit einem Bruttoeinkommen von 2,8 Mrd. Euro geschaffen werden. Wir wollen Schwarzarbeit auf zwei Wegen bekämpfen: Indem wir kleine Einkommen von den Sozialbeiträgen entlasten („Progressivmodell“) und indem wir Bürokratie abbauen.

### **Kleine Einkommen entlasten**

Ein wichtiger Grund dafür, dass Arbeitsplätze nicht legal entstehen, ist die Belastung mit Steuern und vor allem Abgaben für Anbieter und Nachfrager der Dienstleistung. Steuerliche Anreize um die Nachfrage zu stimulieren gibt es bereits. So können Auftraggeber ihre Kosten bereits heute teilweise steuerlich geltend machen. Davon profitieren im besonderen Maße Besserverdiener, weshalb auch die Mitnahmeneffekte sehr hoch sein dürften. Menschen mit geringerem Einkommen, die wenig oder keine Steuern zahlen, können es sich andererseits kaum leisten, Dienstleistungen legal nachzufragen. Es fehlt auch an zusätzlichen Anreizen, Dienstleistungen auf dem regulären Arbeitsmarkt anzubieten. Insbesondere infolge der Abgaben verbleibt vom Brutto nur wenig Nettolohn. Wir wollen den Keil zwischen Angebotskosten und Nettolohn gezielt verringern. Das gelingt u. a. durch die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags. Zentral für den Abbau von Schwarzarbeit ist für uns aber das „Progressivmodell“. Im unteren Lohnbereich wirken die hohen Sozialabgaben wie eine Jobbremse und Ermunterung zur Schwarzarbeit, denn sie verteuern Arbeit in diesem Segment unverhältnismäßig. Aber auch im Gesundheitsbereich, bei der Pflege und in der Bildung, wo eigentlich viel mehr Menschen gebraucht werden, wird das legale Beschäftigungspotenzial wegen der proportional hohen Lohnnebenkosten nicht ausgeschöpft. Mit dem grünen Progressiv-Modell wollen wir die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich gezielt senken. Im Steuersystem ist das längst Praxis: Hohe Einkommen werden stärker besteuert, niedrige weniger. Mit dem Progressiv-Modell wollen wir das Prinzip des progressiven Steuersatzes auf die Sozialabgaben übertragen.

### **Unternehmen von Bürokratie entlasten**

Schwarzarbeit wird durch Bürokratie begünstigt. Ein Kleinunternehmer, etwa im Handwerk, hat pro Jahr und Mitarbeiter rund 4.400 Euro Bürokratiekosten zu tragen. Großunternehmen dagegen sind im Schnitt nur mit 350 Euro pro Arbeitnehmer belastet. Eine unbürokratische Förderung von Unternehmensgründungen senkt die Hürden und schafft so Arbeitsplätze. Bürokratieabbau bedeutet nicht Standardabbau. So würde das – von der großen Koalition verhinderte - einheitliche Umweltgesetzbuch Kosten und Unsicherheiten für den einzelnen und den Staat reduzieren und gleichzeitig zum Erhalt bzw. Ausbau ökologischer Standards beitragen. Auch das unübersichtliche Arbeitsrecht muss endlich in einem Arbeitsgesetzbuch zusammengeführt werden. Zu einem Abbau der Steuererklärungsbürokratie wollen wir u. a. beitragen mit der Einführung einer Werbungskosten- und Betriebsausgabenpauschale für alle Einkunftsarten in Höhe von 2.000 Euro sowie mit einer deutlichen Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro. Nicht zuletzt müssen die Entscheidungskompetenzen für die aushändigenden bzw. Instanzen vor Ort deutlich zu Lasten der Zentralbürokratie ausgeweitet werden. Staatliche Kontrollorgane müssen Unternehmen bei der Wahrung von Standards unterstützen statt Initiativen mit Verweis auf Mängel zu blockieren. Untersuchungen haben gezeigt, dass ein gezielter Abbau bürokratischer Auflagen für die Unternehmen bis zu 500.000 Arbeitsplätze bringen würde.

### **Neue Kultur der Selbstständigkeit**

Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass ExistenzgründerInnen, Tüftler und Mittelstand exzellente Bedingungen vorfinden, indem wir Gründungshemmnisse abbauen und das gesellschaftliche Innovationsklima fördern. Ob Kinderbackschule oder Übersetzungsservice von Amtdeutsch in Umgangssprache, ob Online-Müslimixer, Software-Schmiede oder Windanlagenbauer: Wir brauchen mehr Daniel Düsentricks, die mit guten Ideen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Eine Gründerin mit einer verrückt anmutenden Geschäftsidee, von der sie aber überzeugt ist, soll ebenso Unterstützung finden wie ein gescheiterter Unternehmer, der eine zweite Chance braucht. Wir wollen das Patentrecht so weiterentwickeln, dass es die Kultur der Selbstständigkeit fördert und nicht hemmt. Patente müssen auf wirklich neue Produkte und Ideen beschränkt werden. Sie dürfen nicht als Waffe gegen Neugründer missbraucht werden. Deshalb wollen wir auch auf europäischer Ebene eine Reform des Europäischen Patentwesens und seine Kontrolle durch das Europäische Parlament. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Selbstständigkeit eine selbstverständliche Option im Berufsleben ist. Dazu bedarf es eines besseren Zugangs zu Wagniskapital und eine bessere Versorgung mit Mikrokrediten. Existenzgründungen sind für uns kein bürokratischer Akt, sondern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht und persönliche Freiheit verwirklicht. Wir brauchen deshalb mehr und bessere Beratungsangebote für Gründerinnen und Gründer – gerade für Erwerbslose, MigrantInnen und Menschen mit Behinderungen – und mehr Unterstützung und finanzielle Ausstattung für Gründungen, vor allem für solche, die aus der Arbeitslosigkeit heraus erfolgen. Wir rücken mittelständische und kleine Unternehmen und das Handwerk in den Fokus unserer Wirtschaftspolitik. Gerade diese Unternehmen erreichen ihre Wertschöpfung häufig nachhaltig. Das wollen wir weiter fördern. Mittelständische Unternehmen sind gerade auch für die Ausbildung junger Menschen von hoher Bedeutung und damit für die Zukunft unserer Volkswirtschaft. Entbürokratisierung und Lotsendienste sind das beste Programm, um kleinen und mittelständischen Betrieben zu helfen. Dafür setzen wir uns ein. Bei den Kammern besteht hoher Reformbedarf. Darum gehören hierzu auch die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern und die stärkere Öffnung ihrer Gremien für Menschen mit Migrationshintergrund.

### **Zugang zu Kapital**

Zugang zu Kapital benötigen Unternehmen natürlich nicht nur bei der Gründung sondern in allen Lebenslagen - es muss als Kredit, als Eigenkapital oder Eigenkapital-ähnlicher Form zu vernünftigen Preisen den Unternehmen zur Verfügung stehen. Hier darf es kein Ungleichgewicht, keine Nachteile geben gegenüber den notleidenden Strukturen, die mit Milliardengarantien und Zuschüssen am Leben gehalten werden. Bestehende staatliche Programme wie zum Beispiel die Förderkredite über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind sinnvoll, müssen aber modernisiert und entbürokratisiert werden. Dazu müssen auch Anreize geschaffen werden, dass die den Kredit durchleitende Hausbank die vorhandenen Instrumentarien auch wirklich nützt.

Wir wollen Gründer- und Risikokapitalprogramme konsequent ausbauen, besonders in Bereichen, in denen Nachhaltigkeit als Firmenpolitik verstanden wird. Finanziert werden die Programme durch den Abbau von Subventionen sowie der Beendigung ungerechter und ungerechtfertigter Vorteile einiger Großindustrien (Beispiel: fehlende Kerosinbesteuerung in der Flugbranche).

### **Zugang zu Forschung**

Ähnlich wie es heute schon beim Zugang zu Subventionen und staatlichen Zuschüssen gilt, profitieren diejenigen Unternehmen am meisten von der staatlichen finanzierten Forschung, die es sich leisten können, mit einer eigenen Abteilungen durch den Forschungsförderdschungel zu kämpfen, die sich gar via Lobbyisten die Förderungstöpfe passgenau zuschneiden lassen, oder die sich durch politische „Verstrickungen“ Vorteile verschaffen

Wir stellen uns eine deutlich bessere Verzahnung der Forschung mit der mittelständischen Wirtschaft vor, mit Unternehmen die nicht zur oben beschriebenen Kategorie gehören. Wir stehen für einen deutlich geringeren politischen Einfluss bei der Vergabe von Forschungsfördergeldern, vor allem aber für eine insgesamt bessere Ausstattung von Hochschulen und Fachhochschulen.

### **Zugang zu Öffentlichen Aufträgen**

Großunternehmen tendieren – wie wir in der aktuellen Krise sehen- krisenverstärkend. Unser Motto „Vielfalt ist besser als Monokulturen, kleine und mittlere Geschäftseinheiten sind krisensicherer als große Einheiten und Konzerne“ gilt deshalb auch für die Vergabep Praxis von öffentlichen Aufträgen. Indem kleinere Lose ausgeschrieben werden, werden Projekte für überregionale Großunternehmen weniger lukrativ, die Wertschöpfung bleibt automatisch vor Ort. In dem Kriterien der Nachhaltigkeit (Gesamtenergiebilanz, CO2-Bilanz) in staatliche oder kommunale Ausschreibungen einbezogen werden, werden nachhaltig wirtschaftende Betriebe automatisch denen gegenüber bevorzugt, die glauben, die Wertschöpfung auf Kosten der Umwelt (Transportkosten, Ressourcenverbrauch) betreiben zu dürfen.

### **Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben**

Mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen fördern wir Jungunternehmerinnen und -unternehmer. Wir bekämpfen die Wirtschaftskrise, bringen die soziale und ökologische Modernisierung voran und schaffen Arbeitsplätze mit Zukunft. Das verlangt einen Mix aus klarer Ordnungspolitik (CO2-Grenzwerte), neuen Finanzierungsinstrumenten (Bürgerversicherung, Bildungssoli), veränderten Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt (Progressivmodell) sowie zusätzlichen und vorgezogenen staatlichen Investitionen (Gebäudesanierung, Investitionen in Bildung). Selbst Medien wie die „Wirtschaftswoche“, die uns Grünen traditionell nicht nahestehen, stellen fest: „Solaranlagen, effiziente Fabriken und sauberes Wasser: Mit grüner Technik erobert die deutsche Industrie schneller als erwartet neue Märkte und schafft eine Million Jobs. Die Krise gibt der Boom-Branche zusätzlich Auftrieb“ (WW 4.5.09). Und der „Umweltwirtschaftsbericht 2009“ des Bundesumweltministeriums und Umweltbundes-

amts stellt unter der Überschrift „Die Märkte der Zukunft sind ‚Grün‘“ fest: „Auf den grünen Zukunftsmärkten halten deutsche Unternehmen Weltmarktanteile zwischen fünf und 30 Prozent ... Von dem dynamischen Wachstum der grünen Zukunftsmärkte auf globaler Ebene wird die deutsche Umweltindustrie kräftig profitieren, denn sie besitzt auf vielen Märkten eine starke Position im internationalen Wettbewerb.“ Und es ist gerade der Mittelstand, der profitieren wird. Denn: „Der Mittelstand prägt die Umweltwirtschaft.“

Und unter dem Zwischentitel „Die Ökologie wird zur Ökonomie des 21. Jahrhunderts“ stellt der Umweltwirtschaftsbericht 2009 fest: „Umweltpolitik macht die Wirtschaft nachhaltig. ... Umweltpolitische Fragen lassen sich nicht mehr von wirtschaftspolitischen Belangen trennen.“ Deshalb müsse der Staat „dafür sorgen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen ... Genau wie die knapper werdenden Rohstoffe und die schwankenden Energiepreise macht der Klimawandel ein wesentlich effizienteres und emissionsärmeres Wirtschaften nötig.“

### **Nichts geht ohne Politik**

Den relativen Vorsprung auf den ökologisch orientierten Weltmärkten verdanken die deutschen Unternehmen nicht allein sich selbst, sondern drei Jahrzehnten Grünen Engagements und beständiger politischer Auseinandersetzung. Viele heute als entscheidend erkannte politische Weichen mussten gegen scharfen Protest von Konservativen verschiedener Farben und und kurzsichtigen Wirtschaftsvertretern. Das räumt auch die Wirtschaftswoche ein: „Angetrieben von rigiden Umweltgesetzen, gepöppelt mit üppigen staatlichen Subventionen und umgesetzt mit deutschen Ingenieur tugenden ist hierzulande eine Industrie herangewachsen, die ihresgleichen sucht“ (WW 4.5.09).

Heute ist einer breiten Öffentlichkeit klar, dass das ethisch Verantwortbare auch das wirtschaftspolitisch Richtige ist. Dies bleibt für uns Grüne Leitlinie und Ansporn unseres politischen Handelns. Damit sind wir ein verlässlicher, nachhaltiger Partner für den Mittelstand.

Sepp Dürr, MdL

Die Grünen im Bayerischen Landtag

28.5.09